

Stellungnahme zum Antrag

Vorlage Nr.: 2025/0105

Verantwortlich: **Dez. 3**

Dienststelle: **SJB**

Kita-Bedarfsplanung aktualisieren und transparenter machen

Antrag: GRÜNE

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	25.03.2025	22	Ö	Kenntnisnahme
Jugendhilfeausschuss	25.06.2025	5	Ö	Behandlung

Kurzfassung

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen, da die bestehenden Planungs- und Informationsprozesse als ausreichend erachtet werden.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

CO₂-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

Erläuterungen

1. Die Stadtverwaltung führt eine aktualisierte Elternbefragung durch, um die Bedarfe der Karlsruher Familien im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung zielgerichteter zu erfassen.

- a) Die bisherigen zugrundeliegenden Planungsgebiete werden im Vorfeld auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Die bestehenden Planungsgebiete haben sich bewährt. Eine Neustrukturierung würde die Vergleichbarkeit mit bisherigen Daten erschweren und zusätzlichen Verwaltungsaufwand verursachen.

- b) Bei der neuen Elternbefragung werden zusätzliche Informationen erhoben, die Einfluss auf die städtische Bedarfsplanung haben könnten – z.B. der Einfluss von zunehmenden Home-Office-Möglichkeiten, Gründe für die Nichtinanspruchnahme von Betreuungsplätzen, steigende Bedarfe durch sich verschlechternde wirtschaftliche Bedingungen in Familien oder das Vorhandensein besonderer Unterstützungsbedarfe.

Die aktuelle Bedarfsplanung berücksichtigt bereits vielfältige Faktoren. Eine Ausweitung der Erhebung auf zusätzliche Aspekte wie Home-Office oder wirtschaftliche Bedingungen würde die Komplexität unnötig erhöhen.

- c) Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept, um eine möglichst breite und repräsentative Datenbasis für die Teilnahme an der Befragung zu gewinnen. Die Teilnahme soll für Familien aller Milieus möglichst niedrigschwellig möglich sein.

Ein Konzept bzw. eine Befragung ist entbehrlich, da eine effektive Kita-Bedarfsplanung auf systematischer Datenanalyse, Bedarfserhebung, Prognosen, Beteiligung und dem Einsatz geeigneter Werkzeuge basiert, um Angebot und Nachfrage optimal aufeinander abstimmen zu können. Der Einbezug des Bedarfes aller Betroffenen, bzw. Nutzenden ist grundsätzlich gegeben. Zudem würde die Erarbeitung eines grundlegenden Konzepts und einer daraus resultierenden Befragung umfangreiche Ressourcen binden, über welche die Verwaltung nicht verfügt.

- d) Die Ergebnisse der Umfrage werden im Transparenzportal der Stadt veröffentlicht.

Der Kita-Bericht dient als umfassendes Instrument zur Darstellung der aktuellen Betreuungssituation, Analyse von Versorgungsquoten und Identifikation von Bedarfen, um eine fundierte Grundlage für die zukünftige Planung und Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung zu schaffen. Der Kita-Bericht wird im 5-jährigen Rhythmus angefertigt. Der nächste Kita-Bericht wird im Jahr 2027 veröffentlicht.

2. Die Befragung wird künftig mindestens alle drei Jahre neu erhoben, um auf veränderte Bedarfssituationen und -trends schneller reagieren zu können. Alternativ kann auch eine fortwährende Erhebung der Daten in Form eines automatisierten Anschreibens aller Eltern mit Kindern eines entsprechenden Alters erfolgen.

Die vorgeschlagene Frequenz von Befragungen (bzw. des Kita-Berichts) alle drei Jahre ist zu hoch. Die aktuelle Planung ermöglicht bereits eine angemessene Reaktion auf Bedarfsänderungen.

3. Neben den Umfrageergebnissen werden künftig alle relevanten Daten zur Kita-Bedarfssituation (planungsgebietsscharfe Versorgungsquoten, Projekte in der Bedarfsplanung etc.) fortlaufend im

städtischen Open Data Dashboard (Transparenzportal) veröffentlicht sowie anschaulich und maschinenlesbar aufbereitet.

Siehe 1d). Die bisherige Informationspolitik im Rahmen der Kita-Berichterstattung ist ausreichend.

4. Die neu hinzugefügten Daten werden mit den bestehenden Datensätzen im städtischen Kitaportal verknüpft.

Das Kita-Portal stellt ein wichtiges Instrument zur transparenten Vergabe von Kita-Plätzen dar. Die Darstellung und die Handhabung des Kita-Portals werden bewusst niederschwellig gehalten, um die Bedienung so einfach wie möglich zu gestalten. Datensätze werden in Bezug auf die Kita-Bedarfsplanung nicht genutzt, da das Portal auf die Verlässlichkeit der Anwendenden angewiesen ist (Einpflegen eines positiv erfolgten Betreuungsverhältnisses). Da dies nicht vorausgesetzt werden kann, können keine reliablen Zahlen ausgewertet werden. Eine Verknüpfung mit dem Kitaportal und anderen Datensätzen wäre außerdem technisch aufwendig und datenschutzrechtlich bedenklich. Der potenzielle Nutzen steht somit in keinem Verhältnis zum Aufwand.

5. Die Sozial- und Jugendbehörde erarbeitet ein Konzept, wie künftig weitere Handlungsfelder, in denen sozialräumliche Bedarfe erhoben und analysiert werden, in Form von Open Data Dashboards miteinander verknüpft und transparent für die Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden können. Die Verwaltung berichtet dazu im Sozial- und Jugendhilfeausschuss.

Die Erfassung von Sozialraumbedarfen und deren Analysen stehen der Bevölkerung bereits heute in vielfältigen Ausführungen transparent zur Verfügung (siehe u.a. Kita-Bericht, Bericht zur Kinderarmut, soziale Quartiersentwicklung etc.). Siehe auch Antwort 1d. Wie in Frage 1c) beantwortet, bindet das Erarbeiten von Konzepten Arbeitsressourcen, welche in der Verwaltung nicht zur Verfügung stehen.